

Wahnruf

Organ der Marxisten-Internationalisten Oesterreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN
Nr. 17 Dezember 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90.

Das Gesicht des japanischen Imperialismus

Von * *

Die japanische Industrie.

Wie wir es bei allen bis Ende des 19. Jahrhunderts zurückgebliebenen Ländern sehen, ist die Entwicklung Japans sprunghaft. Die historische Verspätung in der Entwicklung zwang es, um nicht — wie China — von den fortgeschritteneren Ländern, vorfortgeschritteneren Ländern, nicht wie China, vernichtet zu werden, ganze Zwischenstapen der Entwicklung zu überspringen. Kaum hat seine kapitalistische Entwicklung begonnen und schon ist die Industrie kartelliert und vertrustet, der Handel in wenigen Händen konzentriert. Der gesamte Handel mit Reis und Rohseide wird ausschließlich von einigen Großfirmen mit dem Konzern Mitsui an der Spitze betrieben. Die ungeheure Konzentration des Kapitals

geht auch aus der offiziellen Statistik des Jahres 1929 hervor, die 3000 Leute in Japan aufwies, die mehr als eine Million Yen besaßen, darunter zahlreiche Multimillionäre und Milliardäre. Aber die Notwendigkeit Zwischenstufen zu überspringen, hat auch Nachteile. Eine rückständige Nation drückt die wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften, die sie von den fortgeschritteneren Nationen übernimmt, herab, weil sie gezwungen ist, diese an ihre primitive Kultur anzuschließen. Außerdem wird durch Sprünge nicht immer das Alte beseitigt, sondern bleibt neben dem Neuen bestehen und hindert deren weitere Entwicklung. So auch in Japan. Heute noch bestehen große Überreste des Feudalismus, die die Entwicklung des Kapitalismus behindern, die

Widersprüche im Innern des Landes verschärfen und sich auch in der Außenpolitik ausdrücken.

Die herrschende Industrie Japans ist die leichte Industrie. Mehr als 51 Prozent aller Arbeiter sind in der Textilindustrie beschäftigt. Diese Industrie spielt auf dem Weltmarkt eine gewaltige Rolle, auf die wir noch näher zu sprechen kommen. Die japanischen Spinnereien sind voll ausgenutzt. Während in den europäischen Spinnereien die Spindeln nur 30 Stunden in der Woche laufen, so im Fernen Osten 120 Stunden. 34 Prozent des Weltkonsums an Rohbaumwolle wird allein in Japan verarbeitet. Neben der Textilindustrie ist es besonders die chemische Industrie, die sich in den letzten Jahren riesig entwickelte. Am deutlichsten ist das in der Kunstseidenindustrie sichtbar. Das Jahr 1926 brachte hier die erste nennenswerte Produktion (knapp 2 Millionen Kilo). 1929 stieg die Produktion auf 12,5 Millionen Kilo, und im Jahre 1932 ist sie auf nicht weniger als auf 38 Millionen Kilo, das sind 17 Prozent der Weltproduktion, geschätzt worden. Japan ist danach an die zweite Stelle in der Kunstseidenindustrie nach der USA aufgerückt. Daß die chemische Industrie auch Kriegsindustrie ist, bedarf keiner Erklärung. Wir wollen nur darauf hinweisen, daß die Produktion von Stickstoffverbindungen von 266.000 t des Jahres 1930 auf 677.000 t im Jahre 1932 gestiegen ist. In der Deflationsperiode 1929/31 ist die Industrie streng rationalisiert worden. Mit staatlicher Unterstützung sind jetzt fast alle Industrien zum Zwecke der Markt- und Preisregulierung zusammengeschlossen worden. Die Ausfuhr der Industrie profitiert von der herrschenden Inflation. Der Yen, der 1930 noch vollwertig war, sank bis zum März dieses Jahres auf 43 Prozent seines Wertes. Er fiel von 2.— RM auf ca. 85 Pf.

Expansionspolitik.

Die japanische Expansionspolitik benützt zur gleichen Zeit kriegerische und friedliche Waffen. Es ist noch nicht genau festzustellen, welche unheilvollen Folgen sie für die allernächste Zukunft haben werden.

Japans Außenhandel befindet sich auf den Weltmärkten im Angriff. Er ist sogar trotz schützender, enormer Zollmauern in der europäischen Industrieländer eingedrungen. Der Außenhandel Japans ist in den letzten Jahren sprunghaft in die Höhe geschneilt. Die Ausfuhr in der ersten Hälfte 1933 ist im Vergleich mit der Ausfuhr der ersten Hälfte des Jahres 1932 um rund 51 Prozent gestiegen. Die Textilindustrie nimmt in der Außenhandelsbilanz die erste Stelle ein. Im ersten Halbjahr 1933 wurden 1038 Millionen Quadratyards Baumwolle aus Japan verschifft, und zwar nach Britisch-Indien 269 Millionen, nach Niederländisch-Indien und den Südeestaaten 252 Millionen, nach Ägypten 104 Millionen, nach Mandschukuo 93 Millionen (!) und nach China 83 Millionen. Die hier aufgeführten Absatzmärkte sind früher alle in erster Linie von England beliefert worden, aber auch von Deutschland und der Tschechoslowakei. Ganz augenfällig wird die japanische Konkurrenz für England bei der Betrachtung des indischen Marktes. Im Jahre 1913 fielen 97 Prozent der Baumwollwareneinfuhr Britisch-Indiens auf die englische Industrie. Die japanische Einfuhr betrug damals 0,3 Prozent. Im Jahre 1932 betrug die japanische Ausfuhr nach Britisch-Indien 50 Prozent, die Englands nur noch 45 Prozent. Die »Bombay Chronicle« berichtet, daß seit dem 14. Februar 1932 13 Fabriken in Bombay schließen mußten. Viele Fabriken müssen zur verkürzten Arbeitswoche übergehen. Einige Fabriken arbeiten nur noch 13 Tage im Monat. Sicher wirkt sich auch hier die allgemeine Krise aus, aber die japanische Überschwemmung des Marktes mit ungeheuer billigen Waren trägt die Hauptschuld, wie bereits an Zahlen bewiesen. Auch den übrigen englischen Dominions ergoht es ähnlich wie Br.-Ind. In Irak hat sich z. B. der japanischen Absatz verdoppelt, während der englische Absatz um die gleiche Menge zurückgegangen ist. Natürlich setzt sich England zur Wehr. So hat Indien den Baumwollgewebezoll für nicht-britische Produkte erst auf 50 Prozent und dann auf 75 Prozent hinauf gesetzt. Auch der ostafrikanische Handelsvertrag mit Japan ist bereits

Nach dem faschistischen Plebiszit

Trotz des ungeheuren Terrors der faschistischen Diktatur haben am 12. November — selbst nach den offiziellen Angaben — mehr als 3 Millionen mit »Nein« gestimmt und 2 Millionen nicht an der Wahl teilgenommen. Für jeden, der die Lage in Deutschland kennt, ist es klar, daß dieses Ergebnis ein Zeichen dafür ist, daß es dem Faschismus nicht gelungen ist, die proletarischen Widerstandskräfte völlig zu brechen.

Warum hat Hitler überhaupt die überraschend hohe »Nein«-Ziffer von 3 Millionen zugegeben? Warum hat er sich damit begnügt, von den insgesamt ungefähr 23—25 Millionen antifaschistischen Wählern nur 20 Millionen, sei es durch offenen Terror, sei es durch Fälschungen, zu rauben?

Zwei Gründe waren dafür maßgebend: Erstens sollen die 3 Millionen zugegebenen »Nein«-Stimmen die Illusion erwecken, als ob am 12. November geheime Wahlen, eine geheime Volksabstimmung stattgefunden hat. Zweitens soll dem Volk gezeigt werden, daß es noch immer 3 Millionen Hochverräter gibt, daß der blutige Terror, der bereits Teile der faschistischen Mittäufel mit Entsetzen erfüllt, notwendig ist. Als ein Gradmesser für die wirkliche Stimmung der Massen in Deutschland sind die Wahlen am 12. November nicht charakteristisch. Die abgegebenen »Nein«-Stimmen sind nicht, wie es die Kominternpresse tut, einfach als kommunistische Stimmen zu werten. Es ist ein lächerlicher Betrug, wenn z. B. Marcel Cachin in der »L'Humanité« (Paris, 14. XI. 1933) behauptet, daß nur die KPD die »Nein«-Parole herausgab, dagegen nicht die SPD. Alle Arbeitergruppen in Deutschland haben die Arbeiter aufgefördert, sich an der Wahl zu beteiligen und mit »Nein« zu stimmen — auch unsere Genossen in Deutschland haben diese Parole herausgegeben.

Wir dagegen haben die Auffassung vertreten, daß das Proletariat in Deutschland die blutige Wahlkomödie des 12. November mit dem Boykott beantworten muß. Die gleiche Meinung vertraten auch unsere deutschen Genossen und die Berliner SAP, doch meinten sie, daß zur praktischen Organisation des Massenboykotts die Zeit zu kurz sei, so daß nichts anderes übrig bleibe, als mit »Nein« zu stimmen.

Wir gingen bei der Forderung des Boykotts vor allem von folgenden Auffassungen aus: In den letzten Monaten sind neue Prozesse in der deutschen Arbeiterklasse sichtbar geworden. Wohl ist sie noch weit von einem wirklichen, aktiven Widerstand gegen die faschistische Diktatur, sie geht aber bereits sichtbar zur Anwendung des passiven Widerstandes über. Ein glänzendes Beispiel liefert dafür das kürzlich stattgefundene »Erntedankfest«. Im Gegensatz zum 1. Mai, wo sich die überwältigende Mehrheit der Belegschaft an den Nazi-Kundgebungen beteiligte, sind beim Erntedankfest, trotz der faschistischen Drohungen, in vielen Großbetrieben nicht nur große Teile

der Belegschaften fern geblieben, sondern auch entscheidende Teile der Nazi-Betriebszellen. Solche Nachrichten liegen nicht nur aus den großen Industriestädten vor, wie Berlin (Radio-Schau, Charlottenburg), sondern auch aus Provinzstädten im Süden und im Südwesten.

Es ist unverkennbar, wir befinden uns gegenwärtig in Deutschland in der Phase des passiven Widerstandes der Arbeiterklasse. Die Versuche, diesen zu brechen, scheitern, und so hat z. B. der Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, eine Kundgebung herausgeben müssen, daß ab 12. November keine großen Feste mehr angesetzt werden.

Jede Politik und Taktik der proletarischen Revolutionäre in Deutschland muß von dieser Tatsache ausgehen. Wie konnte der passive Widerstand, der sich elementar entwickelt, am 12. November gesteigert, um einen entscheidenden Schritt vorwärts geführt werden? Durch die Teilnahme an der faschistischen Wahlkomödie, die keinen Ausdruck des proletarischen Widerstandes gestattet?

Wir verneinten diese Möglichkeit. Wir waren der Auffassung, daß die Aufgabe der Marxisten in Deutschland im Kampf gegen das faschistische Plebiszit darin bestanden hat, die Millionen antifaschistischer Arbeiter zum Boykott aufzufordern, den elementaren passiven Widerstand in die höhere Form des Massenboykotts des faschistischen Plebiszits umzuwandeln.

Die Parole des Boykotts wurde innerhalb Deutschlands nicht ausgegeben. Von der KPD und SPD nicht, weil sie beide sehr stark im parlamentarischen Denken befangen sind und meinen, die Arbeiterklasse müsse jede gegebene Form der Wahlen ausnützen. Das Proletariat wurde aufgefordert, am Plebiszit teilzunehmen. Die »Wahlen« des 12. November geben ein völlig verzerrtes, verfälschtes Bild der wirklichen Stimmung. Aber selbst innerhalb dieser Verzerrung hebt sich die Zahl von offiziell zugegebenen 3 Millionen »Nein« als ein Mene Tekel für die faschistische Diktatur ab. Man kann diese Ziffer nicht mit früheren Wahlziffern vergleichen, man muß sie als eine absolute Größe betrachten. 3 Millionen Arbeiter in Deutschland sind dem Terror nicht gewichen und haben mit »Nein« gestimmt! Welch eine gewaltige Kraft sind diese 3 Millionen Antifaschisten, wenn sie es verstehen, die Millionenmasse des deutschen Proletariats, die bereits zum passiven Widerstand übergeht, die nächsten, praktischen Schritte im außerparlamentarischen Kampfe zu führen.

Ein solcher Schritt wäre der Massenboykott am 12. November gewesen. Er hätte den Scheincharakter des Plebiszits offen enthüllt und gezeigt, daß das deutsche Proletariat nicht nur in Todesfurcht zu Hitler steht, sondern bereits begonnen hat, seinen Widerstand zu organisieren.

gekündigt worden. Japan antwortet auf die englischen Abwehrversuche mit dem Boykott indischer Baumwolle. Neuerdings versucht es selbst Baumwolle in der Mandschurei anzubauen. Auch für Deutschland hat sich der japanische Dumping-Export fühlbar gemacht. Die »Vossische Zeitung« vom 4. Juli dieses Jahres schrieb: »Besonders in China und Indien werden die Geschäftsaussichten für deutsche Exporteure immer schwieriger und in vielen Fällen haben sich alteingesessene Firmen schon genötigt gesehen, das Feld zu räumen, weil es einfach unmöglich ist, mit der japanischen Preispolitik Schritt zu halten.« Aber der Dumpingexport Japans versucht auch andere Gebiete, außer der Baumwolle am Weltmarkt, an sich zu reißen. So werden z. B. in Holland japanische Glühbirnen zu 2,67 Cents angeboten, deren Herstellungspreis in Holland 30,3 Cents betragen. Der japanische Export ist infolge solcher Schleuderpreise von 151 auf 273 Millionen Stück gestiegen. Die japanischen Textilwaren werden bis zu 75 Prozent billiger angeboten als die europäischen Gestehungskosten sind.

Im Jahre 1927 hat der japanische Minister Tanaka ein Programm entworfen, nach dem die Japaner allmählich von der ganzen Erde Besitz ergreifen wollen. Im Verlauf dieser Besitzergreifung sollen zwei Kriege vorbereitet werden, einer gegen die Sowjetunion und einer gegen die USA. Die Japaner haben mit aller Entschiedenheit die Echtheit dieses Planes abgelehnt. Aber die japanische Politik der letzten beiden Jahre hat die Echtheit dieses Tanakischen Planes bestätigt. Die Eroberung der Mandschurei ist mit verhältnismäßig geringfügigen Kräften und Mitteln vor sich gegangen. Der Staat Mandschukuo ist konstruiert worden als Deckmantel für die japanische Kolonie.

Japan hat weitere Pläne. Aber sie bergen auch eine große Gefahr in sich. Seine weiteren Pläne auf Ostsibirien und auf die Besitzergreifung der ostchinesischen Eisenbahn können in aller Kürze den Krieg zwischen Japan und Rußland zur Folge haben. Die Anerkennung Rußlands durch Amerika hat die russische Position verbessert, ebenso die abgeschlossenen Nichtangriffspakte mit den Weststaaten, wenn wir uns auch nicht einen Augenblick über ihren problematischen Wert für die Sowjetunion täuschen dürfen. Am Stillen Ozean werden die amerikanischen Interessen durch Japan weitgehend verletzt. Aber neben diesen Konflikten bestehen auch ernsthaftere Differenzen zwischen England und Japan auf territorialem Gebiet. Und zwar geht es hier um die riesige Provinz Sinkiang, den westlichen Teil Chinas. Während die Engländer von Nordindien aus nach Westen zu in Tibet eingedrungen sind und Japan von Korea aus nach Nordwesten vordringend, die Mandschurei, Jeho! und Nordchina besetzt, stoßen jetzt beider Interessen in Sinkiang aufeinander. Sowohl England wie auch Japan wollen hier neue Reiche errichten, d. h. neue Absatzmärkte und neue Einflußsphären gründen. Die Japaner wollen ein Mongolisches Reich mit dem fernöstlichen Sowjetterritorium und u. a. auch mit Einschluß von Sinkiang schaffen; England aber will das Tibetreich errichten u. a. auch mit Einschluß von Sinkiang. Sinkiang ist reich an Gold, Erdöl und anderen Erdschätzen.

An allen Enden glimmen die Brandherde; ein Funke genügt und die Welt steht in Flammen. Japan hat zwei riesige feindliche Fronten vor sich, eine riesige in Asien und eine andere riesige, die weiten, gewaltigen Flächen des Stillen Ozeans. Hier werden sich die nächsten Kämpfe abspielen und wahrscheinlich eine riesenhafte Lawne ins Rollen bringen, einen Weltkrieg von nie gesehntem Ausmaße. Ein Wort auch zum japanischen Heer. Es scheint, als wäre es unbesiegt. Es hat vor einigen Jahrzehnten über China einen großen Sieg errufen, es hat 1905 Rußland besiegt, es hat im Weltkrieg mitgewonnen und jetzt trotz allem Geschrei der Weltmächte, im Völkerbund die Mandschurei erobert. Zitieren wir in diesem Zusammenhang einmal Trotzki, der ja als Schöpfer der Roten Armee und als Marxist über gewaltige Erfahrungen auf diesem Gebiete verfügt. Er schrieb vor einigen Wochen einen Artikel, betitelt: »Japan treibt in die Katastrophe«. Hier heißt es, nachdem er alle Faktoren Japans berücksichtigt hat: »Die japanische Industrie ist außerstande, einem Heer von einigen Millionen Mann mehrere Jahre hindurch Waffen und Verpflegung zu sichern. Das japanische Finanzsystem, das die Last des Militarismus schon in Friedenszeiten nicht tragen kann, müßte bei Ausbruch eines großen Krieges sofort Schiffbruch erleiden. Der japanische Soldat in seiner Masse entspricht nicht der neuzeitlichen Technik und Taktik. Die Bevölkerung ist zutiefst dem Regime feind. Eroberungsziele waren nicht imstande, die zerbrochene Nation wieder zusammenzuleimen.« In vielen Fällen stimmen wir mit Trotzki nicht überein, aber in diesen Schlussfolgerungen können wir ihm folgen.

Wenn wir jetzt die Klassenverhältnisse in Japan behandeln, so werden wir sehen, wie schwach der japanische Imperialismus ist. Vergessen wir vor allem eben nicht, daß Japan ein Land ist, das eine verspätete historische Entwicklung hinter sich hat und deshalb stark von allen Widersprüchen zerrissen wird.

Der Klassenkampf.

Trotz bestehender chemischer Industrie und dem Vorhandensein der modernsten Kriegswaffen hat sich die japanische Bourgeoisie nicht aus den Fesseln des Feudalismus befreien können. Japan hat keine

bürgerliche Revolution durchgemacht. Und gerade deshalb sind die Klassengegensätze besonders zugespitzt. Das Bauerntum ist heute noch ganz verklamt. Sein Elend ist riesengroß. Die Bauern bilden 91 Prozent der Bodenbesitzer und haben nur etwas mehr Land als die 5000 Großgrundbesitzer und die 200.000 Kleingrundbesitzer. Die Bauernschaft hat eine Schuldenlast von 7 Milliarden Yen und zahlt den Gutsbesitzern jährlich rund 1 Milliarden Pacht. Aber auch die Gutsbesitzer sind mit 2½ Milliarden Yen verschuldet.

Die Textilindustrie, als die japanische Hauptindustrie, kennt keine 48 Stundenwoche, sondern nur die 6½ Tage-Woche. Die Arbeiter schuften 12 Stunden bei einer Entlohnung von 2–3 Yen den Tag (Yen = 85 Pf.). In der Textilindustrie herrscht Frauen- und Kinderarbeit. Diese ungeheure Ausbeutung des japanischen Proletariats macht erst den Schleuderexport der Bourgeoisie möglich. Die japanischen Arbeiter essen in der Hauptsache Reis, sonst wären sie bei diesen Löhnen schon längst verhungert. Es gibt fast keine Sozialversicherung.

Trotz aller Erfolge seiner Expansionspolitik ist Japan kein Staat, der in seinem Innern »Ruhe und Ordnung« hat; ganz im Gegenteil, alles befindet sich in Gärung und bereitet sich auf die unvermeidlich kommenden inneren Auseinandersetzungen vor. Der Klassenkampf in Japan ist lebendig, wenn wir auch noch nicht den Zeitpunkt kennen, in dem das Proletariat stark genug sein wird, die parlamentarisch verbrämte Militärherrschaft zum Teufel zu jagen und die Diktatur des Proletariats zu errichten. Der Klassenkampf ist da, in den Städten und auf dem Lande. Auf dem Lande gab es in den letzten Jahren Pächterstreiks der Bauern, die darin bestanden, daß sich die Pächter weigerten, die Pacht weiter zu bezahlen. Im Jahre 1932 plünderten sie die Gutshöfe und setzten sie in Brand. Der Erfolg war, daß die Bodenpreise fielen. Auch die Arbeiter in den Städten sind nicht ruhig. Die reformistischen Organisationen sind gestattet, während die revolutionären, kommunistischen Organisationen illegal sind. In der Chemieindustrie, in der die Militärgesetzgebung ausgeübt wird, sind im ersten Viertel 1933 mehrere Streiks ausgebrochen. Auch die Metallarbeiter haben gestreikt. Auch in Japan gibt es Schiedsgerichte, die staatlichen oder kommunalen Charakter tragen. Diese haben mit Hilfe der Reformisten die Streiks abgewürgt. Die Streiks werden in der Regel von den Reformisten geführt, da die KP Japans keine bessere Gewerkschaftspolitik macht, als wie wir sie in Europa kennen. Es ist eine erfreuliche Annäherung zwischen den Bauern und Arbeitern festzustellen.

Aber nicht nur diese rühren sich, sondern auch die unseren Nazis ähnlichen Militärorganisationen. Diese faschistischen Organisationen stützen sich auf die adeligen, jetzt zum großen Teil landlosen Kleingrundbesitzer und auf das ruinierte Kleinbürgertum, sowie auf die Angestellten und Intellektuellen.

Allein unter den Intellektuellen im Bezirk Tokio gibt es 55.000 Arbeitslose. Radek berichtet in der Rundschau (Impreko), daß diese Intellektuellen eine Gesellschaft gegründet haben, deren Mitglieder sich bereit erklärt haben, jede Arbeit um 20 Yen (17 Mark) im Monat anzunehmen.

Das Kleinbürgertum mit den Angestellten und Intellektuellen umfaßt ca. 13½ Millionen Menschen.

Halb links, halb rechts

W. Bertram (Paris).

Anmerkungen zu den Gewerkschaftsthesen der SAP

Seit nahezu einem halben Jahre haben wir unseren Standpunkt zur Gewerkschaftsfrage unter dem Faschismus niedergelegt und propagiert. Wir haben in den Mittelpunkt die Propaganda für das Vertrauensmännersystem gestellt und die Schaffung illegaler Gewerkschaften in Deutschland abgelehnt.

Jetzt endlich rückt auch die SAP mit Gewerkschaftsthesen auf den Plan. Man muß offen sagen, man ist begierig zu erfahren, welch tiefdurchdachter Standpunkt nach so langer Zeit das Licht der Welt erblickt. Wer aber einen oder eigenen Gesichtspunkt der SAP erwartet hat, wird durch diese Thesen enttäuscht. Sie zeigen das unverkennbare Gesicht der SAP: sie sind voller innerer Widersprüche und durch und durch eklektisch. Die Einleitung der Thesen ist im allgemeinen richtig, denn sie stützt sich nahezu wörtlich auf die allgemeinen marxistischen Grundsätze über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft.

Sobald aber die SAP zur neuen konkreten Lage Stellung nehmen und den deutschen Arbeitern einen Ausweg zeigen soll, zeigt sie vor allem ihre Hilflosigkeit. Von den Brandlerianern übernimmt sie den Kurs auf die Neubildung der Gewerkschaften, von uns dagegen das Vertrauensmännersystem, ohne daß es ihr auffällt, daß beide Standpunkte zugleich nicht möglich sind.

Warum steht bei uns das Vertrauensmännersystem im Mittelpunkt? Weil wir davon ausgehen, daß der Faschismus, der die Arbeiter zwangsmäßig organisiert, die Bildung von illegalen Gewerkschaften im allgemeinen unmöglich macht.

Was unterscheidet die Vertrauensmänner von il-

legalen Gewerkschaften? Die Vertrauensmänner sind die aktive Spitze des klassenbewußten Proletariats — ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit. Illegale Gewerkschaften aber müssen, selbst in der Keimform, trachten, Organisationen der gesamten Klasse zu werden, nicht aber nur Stab. Gerade das Ausreifen solcher Klassenorganisationen, die ihrem Wesen nach nicht homogen sind wie politische Gruppierungen, macht das faschistische System unmöglich, denn er muß die gesamte Arbeiterklasse in seinen Zwangsorganisationen erfassen, wenn er sich sein Monopol politisch nicht durchbrechen lassen will. Die faschistische Arbeitsfront verlassen und in eine illegale Gewerkschaft eintreten, bedeutet sofortiges Verlassen des Betriebes. Die illegale Gewerkschaft kann so nur eine Erwerbslosenorganisation werden, ohne Einfluß auf die Klassenkämpfe im Produktionsprozeß. Zur Doppelorganisation — faschistische Arbeitsfront und gleichzeitig illegale Gewerkschaft — sind nur die politisch reifsten Teile des Proletariats berechtigt. Eben deshalb bilden diese die Kaderorganisation, den Stab, das revolutionäre, illegale Vertrauensmännersystem im Betrieb, das seine Massenbasis aber nicht in eigenen Gewerkschaften besitzt, sondern in dem Klassenkampf. Innerhalb der faschistischen Arbeitsfront auftritt, nicht um etwa diese zu erobern, sondern um sie durch den Klassenkampf zu zerstören.

Die Verfolgung der kommunistischen Bewegung ist schwer. So wurden allein im Jahre 1932 7000 Kommunisten verhaftet und zahlreiche bekannte Kommunisten ermordet.

Die inneren Widersprüche auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet in Japan treiben einer Lösung zu.

Alles wird davon abhängen, ob die proletarischen Revolutionäre genügend Reife und Kraft besitzen, um ihre Partei in eine wirkliche revolutionäre Aktionskraft umzuwandeln.

Die faschistischen Militärorganisationen, die die Ideologie des ruinierten und von Steuern ausgepreißen Kleinbürgertums und der verarmten, adeligen Kleingrundbesitzer zum Ausdruck bringen, sind angeblich gegen den Kapitalismus — genau wie die deutschen Faschisten es waren —, fordern eine staatliche Wirtschaftskontrolle, Zerstörung der Kartelle und Trusts. Der Faschismus fordert eine Raubpolitik nach außen, begründet durch den Wunsch der Adelligen, welche die Bauern anderer Länder ausbeuten wollen. Sie fordern die Vernichtung aller Parteien. Trotz allem hat der Faschismus hier keine große Zukunft. Er wird nicht die Arbeiter erobern, er kann nicht die breiten Massen der Bauern gewinnen, die die Aufteilung des Landes der Großgrundbesitzer verlangen. Hier reifen revolutionäre Möglichkeiten eher heran als faschistische. Von den Gruppen der faschistischen Militärorganisationen ist auch die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten Inukai ausgegangen. Seine Außenpolitik war ihnen nicht scharf genug. Gleichfalls ist die Ermordung des Finanzministers Ijanoe und die Ermordung des Leiters des größten japanischen Konzerns Mitsui, Dana, auf ihre Initiative zurückzuführen. Neben diesen rein individuellen Terrorakten suchen sie aber auch eine Massenbasis in den von ihnen aufgezogenen Terrororganisationen zu erhalten. Hier hängt vieles von der kommunistischen Partei Japans ab. Aber auch hier herrscht der zentristische Flügel in der Partei und wiederholt alle Fehler der Komintern-Parteien, die wir aus den Tagen vor dem Zusammenbruch der Arbeiterorganisationen in Deutschland kennen. Natürlich ist trotzdem die japanische Partei nicht mit der früheren deutschen Partei in der Stärke und der klassenmäßigen Qualität zu vergleichen. Zu vergleichen ist sie nur mit den negativen Eigenschaften der KPD. Viele ihrer Führer sind unter dem Terrordruck, unter dem die revolutionären Organisationen stehen, zu offenen Verrätern geworden. So berichtet die »Rundschau«, daß führende Mitglieder der KP Japans, Sano und Nabeyama, im Gefängnis zu Konterrevolution übergegangen sind. Sie haben sich gegen die Komintern, für die japanische Monarchie und für einen Krieg gegen die Sowjetunion ausgesprochen. Sano, einer von den beiden, hielt noch im Juli vorigen Jahres eine berühmte revolutionäre »Rede vor dem Gericht, das sie zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte, die der Ausdruck des heroischen Revolutionsgeistes der kämpfenden Massen war«, wie die Rundschau schrieb. Doppelt groß ist jetzt die Verwirrung in den Reihen der Kommunisten. Diese Erscheinungen bilden aber in der Geschichte der japanischen Partei keine Ausnahme. Auf die Ursachen können wir hier aus Platzmangel nicht näher eingehen.

Wir besitzen bis jetzt keine wie immer gearteten Erfahrungen darüber, wie und in welcher Form die faschistische Diktatur gesprengt wird. Die Theorie des Faschismus, die wir auf Grund der italienischen Erfahrungen zu entwickeln vermochten, umfaßt die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen, unter denen der Faschismus entsteht, ferner, wie er die Macht erlangt, welche Kol-

Je er im gesellschaftlichen System des Kapitalismus stützt und wie er sein politisches Machtsystem organisiert.

Aber uns fehlen jegliche Erfahrungen darüber, welche konkreten Formen sein Verfall annimmt. Die Monarchie z. B., selbst in ihrer konterrevolutionären, zaristischen Form, konnte manövrieren, konnte, ohne sich selbst zunächst aufzugeben, gewisse Ventile dem Massendruck öffnen, legale oder halb-legale Arbeiterorganisationen zulassen, selbst in verzerrter Form gewisse demokratische Rechte den Massen einräumen.

Kein Zweifel, diese Manövrierfähigkeit besitzt der Faschismus nicht. Er erzeugt einen so ungeheuren politischen Gegendruck, daß er nur solange zu herrschen vermag, als es ihm gelingt, gewaltsam jede Form der klassenmäßigen Organisation des Proletariats immer wieder zu zerstören. Er wird und kann niemals auch nur die Ansätze zur Organisation des Proletariats zulassen.

Aber es ist durchaus möglich, daß seinem Sturz in Deutschland eine Periode schärfster Klassenkämpfe vorausgeht, in deren Verlauf er seine Massenbasis immer mehr verliert, seine reaktionäre Gefolgschaft durch das Anwachsen der revolutionären Strömungen eingeschüchtern, passiv wird, so daß die faschistische Diktatur bereits zu schwach ist, die Ansätze der proletarischen Organisation zu unterdrücken, während das Proletariat aber noch nicht stark genug ist, den offenen Machtkampf aufzunehmen. In einer solchen Periode wird durch die ungeheuren sozialen Spannungen zuerst die Arbeitsfront durch den proletarischen Klassenkampf zersprengt werden. Der illegal entstandene Klassenkampfflügel wird sich auf gewaltige Massensympathien stützen, er wird die Leitung der zunächst spontan entstandenen Kämpfe an sich reißen, sich selbstständigen und die Form illegaler Arbeitergewerkschaften annehmen. In dem Ausmaße als dieser Prozeß eintritt, zerbricht eine der Hauptsäulen der faschistischen Herrschaft, die Arbeitsfront. Eine solche Situation trägt alle Kennzeichen einer vorrevolutionären Periode. Der faschistische Machtapparat wird auch jetzt noch hier und dort stark genug sein, die bestehenden Ansätze zu vernichten, aber die Opfer werden nicht mehr einschüchtern, sondern wachrütteln.

Im weitesten Sinne kann man natürlich davon sprechen, daß unser Ziel ist, Klassengewerkschaften zu schaffen, aber nur in dem Sinne, wie wir davon sprechen, daß wir Räte anstreben. Das erfordert aber eine vorrevolutionäre Situation soweit es Räte betrifft, wie jedermann bekannt ist; unter dem Faschismus gibt aber das Gleiche für die Klassengewerkschaften. Ebenso wie die Räte ihre Ansätze im Vertrauensmännersystem haben, besitzt die kommende proletarische Klassengewerkschaft ihren Ansatz im illegalen Klassenkampfflügel innerhalb der faschistischen Arbeitsfront. Aber ebenso wie die Räte erst nach dem Sturz des Faschismus voll ausreifen werden, ebenso die Klassengewerkschaften.

Es ist aber auch möglich, daß die Verfallsperiode des Faschismus sehr früh einsetzt (im Falle einer Inflation oder kriegerischer Niederlagen), so daß der Umschwung in den Massen in einem rapiden Tempo erfolgt; die Welle der ansteigenden Massenkämpfe, die dem Sturz des Faschismus vorausgeht, wäre relativ sehr kurz. In diesem Falle werden wohl kaum Ansätze selbständiger illegaler Klassengewerkschaften entstehen, sondern die Sprengung der faschistischen Arbeitsfront fällt nahezu unmittelbar mit der revolutionären Krise zusammen.

All das kümmert die »Theoretiker« der SAP sehr wenig. Sie wissen nur, daß es heute in Deutschland keine Gewerkschaften mehr gibt, also verfügen sie — ganz wie sie es von Brandier gehört haben: »Vor der Arbeiterklasse steht nun die Frage der Neubildung von Klassengewerkschaften«. Die Basis dieser Gewerkschaften sollen illegale, überparteiliche Betriebsgruppen bilden.

Das genügt aber der SAP nicht. Sie hat bei uns die Propaganda für das Vertrauensmännersystem kennen gelernt. Und so heißt es an anderer Stelle ihrer Thesen: »Das Ziel der Betriebsarbeit ist die Schaffung eines Netzes revolutionärer Betriebsvertrauensleute«.

Also doch Vertrauensmännersystem? Weit gefehlt! Bei näherem Zusehen entpuppen sich diese Vertrauensmänner nicht als das neue, selbständige Organ der Arbeiterklasse, der Keim der Räte, sondern als die illegalen zukünftigen Gewerkschaftsfunktionäre, als die Aktivisten der Betriebsgruppe, die wieder die Grundlage der künftigen Gewerkschaften bilden soll.

Der Uebergang zu Klassengewerkschaften soll dadurch erfolgen, daß es gelingt, betriebliche und örtliche Einheiten aus der Arbeitsfront loszulösen. Eine geradezu kindlich-naive Vorstellung! Das faschistische Organisationsmonopol besteht noch, der Klassenkampf sprengt noch nicht die Arbeitsfront, die faschistische Diktatur ist noch im Vollbesitz ihres Machtapparates, aber im Betrieb Meier und in der Stadt Flöha gelingt es, die Arbeiter aus der faschistischen Arbeitsfront loszulösen und in eigene Klassengewerkschaften überzuführen. Mit solchen Vorstellungen kann man noch weiter kommen als bis zum Sozialismus in einem Lande, nämlich zu Klassengewerkschaften in einem Dorf.

Der Naivität dieser Vorstellung entspricht die Klassenkampf-Taktik, die dieses famose Resultat herbeiführen soll. Was empfiehlt denn die SAP dar

Arbeiterklasse? Unversöhnliche Todfeindschaft gegen die ernannten faschistischen Betriebskommissäre und prinzipiellen Kampf gegen diese konkrete Form des Faschismus im Betrieb? Methoden, um diese faschistischen Halunken zu diskreditieren und völlig zu isolieren? Konzentration des Bewußtseins der Arbeiter darauf, daß nur vor ihnen selbst gewählte Organe sie vertreten können?

Kein Spur! Die SAP empfiehlt den Weg der Petitionen zum faschistischen Kommissär (Nazi-Betriebsrat), der bekanntlich in den Kleinbetrieben wohl ein wenig unter Druck gesetzt werden kann, in den entscheidenden Großbetrieben aber das Zentralorgan der faschistischen Diktatur im Betrieb darstellt. Beauftragter des Unternehmers, der SA und der Geheimen Staatspolizei zugleich. Buchstäblich mit keinem Wort erwähnen diese Thesen die Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes gegen diese faschistischen Halunken, sondern sie wiederholen wie echte Reformisten: »Beeinflussung des faschistischen Betriebsrates«.

Die gleiche »revolutionäre« Strategie empfehlen die Thesen für die Zersetzungsarbeit in den faschistischen Gewerkschaften: man muß »mit dem nötigen

taktischen Geschick dafür sorgen, daß die Führer der Arbeitsfrontorganisation mit möglichst zahlreichen Aufforderungen bedacht werden, die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Kapitalismus wahrzunehmen« Punktum!

Die Thesen der SAP sind keine Grundlage für eine erste revolutionäre Arbeit im Betrieb und in der Arbeitsfront. Wir sind bereit, mit der SAP gemeinsam das Vertrauensmännersystem zu bilden, wir sind bereit, mit ihr zusammen in der Arbeitsfront einen Klassenkampfflügel zu bilden. Aber wir sind nicht bereit, mit ihr gemeinsam Betriebsgruppen zu gründen, als Basis für illegale Gewerkschaften. Wir sind nicht bereit, ihre Arbeitsmethoden zu akzeptieren, die vor lauter taktischer Klugheit den Klassenkampf vergessen.

Wir wollen hoffen, daß die SAP noch gründlich ihre eigenen Thesen durchdiskutiert und sie von grundauf ändert, aber nicht nur ihre Thesen — dazu genügen ein paar leere Formeln dekorativen Charakters — sondern daß sie ihre gesamte Einstellung zur Gewerkschafts- und Betriebsarbeit unter dem Faschismus ändert.

Standrechtliches Verfahren in Oesterreich

Am Vortag des 15. Jahrestages der Republik Oesterreich, als die österreichischen Arbeiter zum 15. Mal sich anschiekten, jenen — heute fast sagenhaft erscheinenden — 12. November 1918 zu feiern, erwachten sie unter dem Damoklesschwert des standrechtlichen Verfahrens.

Das standrechtliche Verfahren sieht die Todesstrafe durch den Strang vor, in den Fällen des Verbrechens des Mordes, der Brandlegung und der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Sachbeschädigung fremden Eigentums nach § 85 St. G.

In der Verordnung des Bundeskanzlers heißt es: »Daß jeder, der sich einer den angeführten Verbrechen oder der Aufreizung hiezu oder der Teilnahme daran schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft wird.«

Das Standgericht (Fliegender Senat aus vier Richtern, der für ganz Oesterreich zuständig ist.) kann, falls es den Angeklagten schuldig findet, nur zum Tode verurteilen; lediglich gegen minder Beteiligte, bei denen wichtige Milderungsgründe vorliegen, oder bei Jugendlichen unter zwanzig Jahren, kann auf Kerker zwischen fünf und zwanzig Jahren erkannt werden.

Nur wenn ein Todesurteil infolge mangelnder Einstimmigkeit der Richter nicht zustande kommt, wenn die Verhandlung länger als drei Tage dauert, oder wenn das Standgericht sich nicht als zuständig erachtet, hat es den Angeklagten an das ordentliche Gericht zu verweisen. Es kann den Angeklagten auch freisprechen; aber gegen kein Urteil gibt es ein Rechtsmittel. Todesurteile müssen zwei Stunden nach der Verkündung des Urteils vollstreckt werden. Gnadengesuche haben keine aufschiebende Wirkung.

Wie hat die Partei des 12. November, die Sozialdemokratie, die standrechtliche Einführung der Todesstrafe aufgenommen?

Die »Arbeiter-Zeitung« vom 12. November schreibt:

»Die Anhänger der Todesstrafe wünschen ihre Einführung vor allem für das Verbrechen des Mordes. Aber die Einführung des standrechtlichen Verfahrens bedeutet keineswegs für alle Mordfälle die Zulassung der Todesstrafe. Vor das Standgericht darf ja nur gestellt werden, wer entweder bei der Tat selbst betreten worden ist oder doch »ohne Verzug« seiner Schuld überführt werden kann. Er kommt vor das Standgericht und wird mit dem Tode bestraft. Der Mörder dagegen, der nur durch eine umständlichere Untersuchung, die mehr als drei Tage erfordert, seiner Tat überführt werden kann, darf nach dem Gesetz nicht vor das Standgericht gestellt werden, er muß an das Schwurgericht verwiesen und im ordentlichen Verfahren abgeurteilt werden, für ihn gibt es daher auch nach der Verkündung des Standrechtes keine Todesstrafe. Der Eifersuchtmörder zum Beispiel, der in wilder Aufwallung der Leidenschaft seine Frau vor Zeugen auf der Straße erschossen hat, muß gehängt werden; der Raubmörder oder der Lustmörder, der sich tödlich an sein Opfer herangeschlichen hat und erst durch eine umständlichere Untersuchung überführt werden kann, kommt auch weiterhin vor die Geschworenen und darf auch weiterhin nicht zum Tode verurteilt werden. Auch grundsätzliche Anhänger der Todesstrafe können eine solche Unterscheidung sicherlich nicht als eine ideale und dauerhafte Lösung ansehen.«

Was die »A.-Z.« über das Verbrechen des Mordes sagt, gilt noch in höherem Maße für das Verbrechen nach § 85 des Strafgesetzes. Ganz richtig führt derselbe Artikel des weiteren aus, daß ein bloßer Sturzwurf in eine Fensterscheibe, ausgeführt aus dem Motiv der Eifersucht, nach den geltenden Bestimmungen des standgerichtlichen Verfahrens mit dem Tode bestraft werden muß. Und die »Arbeiter-Zeitung« schließt den oben zitierten Artikel mit dem Pathos staatsmännischer Besorgnis:

»Das Urteil darüber, ob die Verkündung des standrechtlichen Verfahrens gerechtfertigt ist oder nicht, hängt nicht davon ab, ob man Anhänger oder

Gegner der Todesstrafe ist, sondern davon, ob man den schweren und außerordentlichen staatlichen Notstand, zu dessen Abwehr allein das standrechtliche Verfahren nach dem Gesetz bestimmt ist, für tatsächlich gegeben erachtet oder nicht. Selbst wer grundsätzlich dafür ist, daß die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren zugelassen werde, kann die schwersten Bedenken dagegen hegen, daß die Todesstrafe mittels Verkündung des Standrechtes eingeführt wird.«

Alles in allem, die Sozialdemokratie tat so, als ob es sich bloß um einen schlimmen juristischen Mißgriff handle. Ist es nicht auffallend, warum diese Maßnahmen nicht schon anlässlich der schrecklichen Naziverbrechen getroffen wurden? Wir teilen auch nicht die heuchlerische Auffassung der »A.-Z.«, die meint, daß der Grund, warum die Regierung den § 85 in das standgerichtliche Verfahren mit der Todesstrafe einbezogen hat, die Verbrechen der Nazi seien.

Wir führen als Kronzeugen für die einzig wirkliche Ursache, die zur Einführung der Todesstrafe im standrechtlichen Verfahren führte, den Vizekanzler Fey.

Drei Tage vor dem 12. November sagte der Vizekanzler Fey, nach dem Bericht der »Oesterr. Abendzeitung«, folgendes:

»Der Kampf gegen die Nationalsozialisten ist uns unsympathisch. Wir führen ihn, weil ihm unser Selbsterhaltungsempfinden und unsere Ehre erfordert, und wir führen ihn, solange wir dazu gezwungen sind, gern. Den Kampf gegen die Bolschewiken führen wir seit jeher und werden ihn bis zu Ende führen, denn sie haben bis zu 99 Prozent schuld an unserem Unglück, vor dem Kriege, während des Krieges und nach dem Kriege. Sie sind die Feinde jedes Glaubens, jedes Vaterlandsempfindens und jedes Nationalgefühl. Das sind unsere angestammten Gegner. Da glauben jetzt seit einiger Zeit diese Leute, daß für sie wieder bessere Zeiten kommen. Sie fangen wieder an, froh zu werden und reden wieder von Generalstreik, Aufmarschen und dergleichen mehr. Ich kann Ihnen aber versichern: Wenn ich auch nicht mehr Sicherheitsminister, sondern Vizekanzler bin, diese Leute werden sich grimmig täuschen. Ob Heimatschutz, ob Sturm-scharen, wir werden unser Letztes hergeben, wenn diese Leute wieder üppig werden, und wir werden Oesterreich von diesen Leuten restlos befreien.«

Klarer kann man sich wohl kaum mehr ausdrücken. Es kann keinen Zweifel mehr geben, gegen wen sich das standrechtliche Verfahren richtet.

Fünfzehn Jahre nach dem 12. November 1918, dem Tage, wo die Sozialdemokratie, die gesamte Macht restlos in ihren Schoß gelegt bekam, hat sie diese ebenso restlos an ihre erbittertesten Gegner freiwillig abgegeben. Das bloße Spiel mit Aufmarschen, die bekanntlich nur vaterländischen Organisationen gestattet sind, das kraftlose Reden vom Generalstreik, für den Fall, daß dies und jenes einträte, wird der Sozialdemokratie mit einem neuen, schweren Hieb beantwortet.

Die Todesstrafe im Wege des standgerichtlichen Verfahrens wurde verordnet nicht wegen der Hindernisse, die einer verfassungsmäßigen Einführung der Todesstrafe im ordentlichen Strafverfahren für besonders verabscheuungswürdige Verbrechen im Wege stehen, sondern trotz der verfassungsmäßigen Hindernisse, um jedes Auflehnen gegen die bestehende staatliche Ordnung seitens der Sozialdemokratie mit den schärfsten Mitteln zu ahnden. Im Geiste dieses Kurses verließ aber der 15. Jahrestag der Republik. Die großen Massen übten Zurückhaltung, teils eingeschüchtern, teils die Unzulänglichkeit der SP-Politik erkennend. Hunderte Arbeiter büßen ihren demokratisch-republikanischen Optimismus mit Verhaftung und Polizeistrafen.

Die Republik des 12. November hat ein unruhliches Ende gefunden. Das Ende der Sozialdemokratie steht — so oder so — bevor. Die Arbeiterklasse muß, die Lehren aus der Vergangenheit ziehend, neue Wege gehen.

Schafft Hitler die deutsche Einheit?

Am 14. Oktober wurden neben dem Reichstag, auch die Länderparlamente aufgelöst, Neuwahlen wurden aber nicht ausgeschrieben. Das läßt darauf schließen, daß die faschistische Diktatur beabsichtigt, mit einem Federstich den deutschen Partikularismus zu beseitigen und auf diesem administrativen Wege Deutschland in einen Einheitsstaat zu verwandeln, der vielleicht nach Verwahrungprovinzen gegliedert ist, der aber die Vielheit der deutschen Länder beseitigt.

Viele, die den Faschismus im allgemeinen ablehnen, meinen, daß hier die Konterrevolution eine fortschrittliche Tat vollbringt. Sie denken an die »deutsche Einigung« von oben, die unter Bismarck erfolgte und sehen in dem neuesten Akte Hitlers gleichsam die Krönung des Werkes von 1871. Manche fügen sogar bitter hinzu: »Das, was die deutsche Revolution von 1918 versäumt hat, führt jetzt die faschistische Konterrevolution durch.«

Ist es wirklich so? Ist wenigstens auf diesem Gebiete der Faschismus nicht konterrevolutionär, d. h. stellt er sich nicht dem gesellschaftlichen Fortschritt entgegen und wirft Deutschland um eine ganze Epoche zurück?

Prüfen wir einmal eingehend die Frage. Es ist richtig, daß die deutsche Novemberrevolution, die ihrem ganzen Typus nach eine proletarische Revolution war, die bereits in der ersten Etappe scheiterte, nicht nur ihre sozialistischen Aufgaben nicht lösen konnte, sondern infolge des Blockes der Sozialdemokratie mit der monarchistischen Konterrevolution nicht einmal die demokratischen Aufgaben zu Ende führen konnte, die ihr als Erbe der bürgerlichen Revolution von 1848 verblieben waren. Dazu gehört insbesondere die Beseitigung des deutschen Partikularismus, die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates. Wie aber konnte Ebert, Scheidemann und Noske z. B. den bayrischen Partikularismus brechen, wenn sie seine konterrevolutionären Truppen unter General von Epp brauchte, um die Münchner revolutionäre Bewegung im Blute zu ersticken?

Nachdem sich 14 Jahre lang die Reaktion in Deutschland gegen die proletarische Revolution entwickelt hat, ist sie im Verlaufe des Jahres 1932 von der offenen Konterrevolution abgelöst worden, die sich schließlich im faschistischen Staatsstreich vom 28. Februar als faschistische Diktatur stabilisierte.

Die Massenbasis der Konterrevolution bildet nicht das moderne Proletariat, sondern das rückständige Kleinbürgertum, insbesondere in den ländlichen Gebieten. Es sind, soweit es den deutschen Süden betrifft, zum Teile die gleichen sozialen Schichten, die jahrelang eine feste Basis des deutschen Partikularismus bildeten. Insbesondere erfolgte im Kampf gegen den bonapartistischen Flügel der Konterrevolution (Papen-Scheicher) im Jahre 1932 eine Verstärkung der partikularistischen Strömungen — vor allem in Bayern. Den ökonomisch-sozialen Hintergrund dieses Aufschwungs bildete der Gegensatz zwischen der mittelbäuerlichen Viehwirtschaft im Süden und der junkerlichen Getreidewirtschaft im

Osten. Der bayrische, der badische Bauer hatten entgegen gesetzte Interesse wie der Ostelbier, der Futtermittelzölle forderte, um sich ein Monopol zu sichern, während der süddeutsche Bauer, wie überhaupt die bäuerliche Wirtschaft in Deutschland, auf den Ankauf von Futtermitteln angewiesen ist.

Der Gegensatz zwischen der deutschen Finanzbourgeoisie und den Junkern, der die ersteren veranlaßte, die politische Macht Hitler zu übertragen, um die Hegemonie der Junker unter Hugenberg zu brechen, hat in großen Teilen des Bauerntums und des Kleinbürgertums große Hoffnungen erweckt. Deshalb gelang es dem Faschismus, nachdem die deutsche Arbeiterklasse geschlagen war, ohne viel Federlesens die Länderregierungen zu verjagen, die bayrische Volkspartei zu vernichten und ihre Minister nächtlicherweile durch die Straßen Münchens zu peitschen. Den Abschluß dieser Entwicklung bildet jetzt das Dekret vom 14. Oktober, das die Länderparlamente auflöst und auf diese einfache Weise die »ewige Einheit« des heiligen deutschen Reiches verewicht.

Geblichen sind aber die ökonomischen und sozialen Wurzeln, die den Nährboden des Partikularismus gebildet haben. Geblichen ist die Herrschaft der Großbourgeoisie, und wenn auch die Hegemonie der Junker gebrochen wurde, sie sind an der Macht mitbeteiligt und ihre Interessen gelten als geheiligt. Geblichen sind alle Bedingungen, die zur Krise des Kapitalismus geführt haben, geblieben ist die Krise als solche. Die Unzufriedenheit der Kleinbürgermassen ist im Wachsen. Je stärker sie wird, je schwächer vor allem das Proletariat ist, umso stärker wird der deutsche Partikularismus von neuem sein Haupt erheben. Es ist kein Zufall, daß München gegen die Butterversteuerung im Sommer rebellierte, daß es dort am katholischen Gesellentag zu Straßenschlachten kam, daß Württemberg ein Brennpunkt des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus geblieben ist. Die Rebellion der Kleinbürger im deutschen Süden wird zweifellos die Form eines neuen Anwachsens des Partikularismus annehmen und dies umso stärker, je mehr der Faschismus rein administrativ ihn zu unterdrücken versucht. Ja, es besteht sogar die ernste Gefahr, daß der Sturz des Faschismus, falls er ein Proletariat antrifft, das zwar stark genug ist, ihn zu stürzen, nicht aber reif genug, um selbst die politische Macht zu ergreifen von einer stürmischen Welle Ver selbständigungsversuche der Länder begleitet werden wird. Die wirkliche deutsche Einheit kann nur durch die einzige fortschrittliche Klasse der Gesellschaft, durch das Proletariat, hergestellt werden. Nur das Proletariat, das die ökonomischen und sozialen Wurzeln des Partikularismus vernichtet, indem es das kapitalistische System beseitigt, nur das Proletariat, das sich auch in den rückständigsten deutschen Gebieten als ein Glied der großen proletarischen Arbeiterklasse Deutschlands fühlt, vermag endgültig die deutsche Einheit zu schaffen.

Der letzte große Kampf

J. Kämpfer (Berlin).

Ein Jahr ist vergangen seitdem durch Deutschland wie ein Blitz die Meldung von dem Beginn des BVG-Streiks ging. Bei dem Proletariat aller Länder löste dieser Streik ein freudiges Echo aus. Ein Streik der Verkehrsarbeiter in der Hauptstadt Deutschlands, durchgeführt von der Arbeiterschaft, die im allgemeinen von der übrigen Arbeiterschaft als die uneinheitlichste und rückschrittlichste bezeichnet wurde!

Diesen Streik wird die Berliner Arbeiterschaft nicht vergessen. Mit allen seinen Schwächen hat er doch gezeigt, zu welchen Anstrengungen die Arbeiter fähig sind, wenn sie einmal die Notwendigkeit des Streikes erkannt und die ersten Schritte getan haben. Arbeiter, die sich gestern nicht um die Gewerkschaften gekümmert haben und von Politik nichts wissen wollten, waren über Nacht verwandelt und zeigten einen erstaunlichen Kampfesifer und erkannten worum es ging. Dieser Kampf hätte viel erreicht, wenn er richtig organisiert, von einer marxistischen Organisation geleitet worden wäre.

Über 20.000 BVGer standen im Kampf. Schulter an Schulter mit ihren Männern standen die Frauen, die die eifrigsten Agitatoren in diesem Kampfe waren. Groß waren die Anstrengungen. Tagelang haben die BVG-Arbeiter nicht geschlafen, standen sie Nacht für Nacht im strömenden Regen in Massen Streikposten. Die Arbeitslosen drückten ihre Sympathien aus. Streikbrecherwagen wurden umgestürzt, das wenige Streikbrecherfahrpersonal wurde mit blutenden Köpfen ins Krankenhaus gebracht. Die aus dem Depot ausgefahrenen Wagen kamen mit zerbrochenen Fensterscheiben zurück. Morgens waren die Schienen mit Zement ausgegossen. Die Müllkutscher traten in den Sympathiestreik. Solidaritätstelegramme trafen aus ganz Deutschland ein. Die Sympathie für diesen Streik ging weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus. Die Bauern schickten Kartoffeln und andere Lebensmittel. Unsere Fraktion gab ihre besten Kräfte, stellte ihre ganze Organisation in den Dienst des Streikes. Wir waren in den entscheidenden Stun-

den die einzige Informationsstelle, die über alle Vorfälle unterrichtet war, die die Belegschaften der einzelnen Betriebsstellen informierte, soweit unsere schwachen Kräfte reichten. Wir waren viel zu schwach. Unsere Kräfte konnten diesen Streik nicht retten, der durch den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie und die Unfähigkeit der RGO verloren ging.

Dieser BVG-Streik war der Kampf Berlins, war der Kampf ganz Deutschlands. Mit fiebernden Augen wurde dieser Streik in jeder Phase, in jeder Stunde von Millionen Arbeitern mit klopfendem Herzen verfolgt. Als dieser Streik zusammenbrach, da haben die übermüdeten Arbeiter, deren Nerven bis zum Reißen während dieses ganzen Kampfes gespannt waren, wahrhaftig wie die Kinder geweint, da haben die Frauen die Hände vor das Gesicht zusammengeschlagen und wollten es nicht glauben, daß dieser Streik verloren war. Nicht nur eine Frau hat ihren eigenen Mann zornig verflucht, der mit knirschenden Zähnen und geballten Fäusten voller Scham wieder in den Betrieb ging. Da haben aber auch hunderte Jugendliche voller Wut über die unfähige Partei und RGO-Streikleitung geheult. Da sind tausende bisher gläubige Sozialdemokraten und reformistische Gewerkschaftler zu ernstern Zweiflern an ihrer Partei und an ihrer Gewerkschaftsbürokratie geworden. Da hat mancher RGO-Mann und Kommunist in stummer Verzweiflung über seine Führung den Linken die Hand gereicht und gegen die dann einsetzende Verleumdung unserer Genossen durch die RGO mit uns gekämpft, unseren Genossen treu zur Seite gestanden. Mit dem BVG-Streik brach im deutschen Proletariat viel zusammen. An seinem Ende stürzte zwar Papen, aber der Faschismus machte einen großen Schritt vorwärts. Auch heute dürfen die Lehren dieses Streikes nicht vergessen werden. Sie weisen gegen den verräterischen Reformismus, der noch nicht tot ist, und gegen den unfähigen Zentrismus, der heute die Arbeiter genau so in die Katastrophe führt wie damals.

Unsere Fraktion hatte monatelang vor dem Beginn des Streiks die Einheitskomitees propagiert und sie an einigen Bahnhöfen selbständig praktisch durchgeführt. Die Partei sah sich gezwungen diese zu kopieren, wollte sie überhaupt auch nur einen schwachen, wirklichen Einfluß auf die Belegschaft haben. Die Kopie war verfälscht und verwässert, aber es waren doch Einheitskomitees, die auch sogar einige sozialdemokratische Funktionäre, neben unparteiischen Arbeitern, umfaßte. Wäre die BVG-Direktion nicht mit dem Plan des 20 Prozent Papenschen Lohnabzugs herausgekommen, der etappenweise durchgeführt werden sollte, wäre nicht die Wut der Belegschaft darüber maßlos gewesen, so hätten diese Einheitskomitees eine geringere Rolle gespielt als sie es tatsächlich getan haben. Dieser Streik wäre auch ohne Einheitskomitees ausgebrochen. Gewonnen konnte er jedoch nur werden, wenn die Einheitskomitees gebildet wären infolge einer wirklichen Einheitsfronttaktik der KPD und einer richtigen Politik der RGO, die ihren Wirkungskreis in den Gewerkschaften gehabt hätte.

Trotz aller Heldenmütigkeit der BVGer und der Sympathie der Arbeiterschaft konnte kein Sieg errungen werden, da sich der Kampf nicht ausbreitete, die Sympathie nicht in allgemeine Sympathiestreiks überging. Die RGO war absolut unfähig den Streik zu leiten. Sie war auch vor allem nicht in den Gewerkschaften verankert. Als in den kritischen Stunden über den schmählichen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie im Gewerkschaftsgebäude eine Abstimmung vorgenommen wurde, da sprachen alle 400 Funktionäre ihren verräterischen Führern das Vertrauen aus, trotzdem sie noch einen Tag vorher sie am liebsten verprügelt hätten. Es gab keine RGO in den Gewerkschaften, die den schwankenden Funktionären Halt gegeben; ihnen in dieser Stunde den richtigen Weg gewiesen hätte. Statt dessen feierte die Theorie des Sozialfaschismus Triumphe und stieß in diesen entscheidenden Tagen die Sozialdemokraten und Gewerkschaftler in die Arme ihrer Führer zurück. RGO und Partei machten mit den Faschisten Einheitsfront und verprügelten gemeinsam Sozialdemokraten und Reichsbanner, die mit dem Streik überhaupt nichts zu tun hatten. Die Streikleitung, die von der Partei und RGO geführt wurde, war in den entscheidenden Tagen am Sonntag und Sonntag so illegal, daß sie für die Streikenden unsichtbar blieb. Die Nazis konnten auf vielen Bahnhöfen die Streikleitung an sich reißen und nur der Initiative der Linken ist es zu verdanken, daß sie ihnen auf dem wichtigsten Bahnhof wieder entrisen wurde. Die Direktion merkte sehr bald, daß die Streikenden in der Praxis keine zentrale Streikleitung hatten, daß die einzelnen Betriebszellen voneinander nichts wußten und untereinander kein Kurierdienst bestand. Nur wir Linken hatten in den letzten Tagen zwischen einigen Bahnhöfen einen Kurierdienst mit unseren schwachen Kräften errichtet und gaben Informationen heraus. Die Direktion verfehlte nicht, Gerüchte auszustreuen, daß viele Bahnhöfe schon arbeiteten. Die Schwindelmeldungen der bürgerlichen Presse verwirrten die Arbeiter völlig. Die Partei stand am Sonntag, den 6. November 1932, im Wahrausch und verstand es nicht, Massen auf die Straßen zu bringen, so daß die Streikenden sowohl allen Glauben an die Fähigkeit ihrer Streikführung als auch an die Solidarität der Massen verloren.

Wir waren damals die einzigen, die der Partei den richtigen Weg wiesen, wir sind auch heute wieder die einzigen, die über den Rahmen der Partei hinaus der Gesamtarbeiterschaft den Weg weisen, aus der faschistischen Blutherrschaft zum sozialistischen Deutschland.

Spendet Preßfonds!

Sichert Euer Blatt!

Jeder Leser

unseres Blattes muß ein

Abonnent

werden.

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryeckgasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Wellmair v. Schewen), Wien, II., Alliiertenstraße 1. — Telefon R-46-4-28.